

Bayern, Berlin, Brüssel

Momentan passieren nicht mehr als 7000 Flüchtlinge am Tag die deutsche Grenze, sondern etwa die Hälfte. Ein „nur noch“ an dieser Stelle hinzufügen wäre allerdings vermessen: noch vor wenigen Jahren begehrten so viele in einem Monat Asyl wie heute an einem Tag. Trotzdem verläuft die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen mittlerweile bewundernswert gut. Umso verwunderlicher ist die Kritik des bayerischen Innenministers am Bund. Der solle endlich Bayern die Kontrolle jener Grenzübergänge überlassen, die die Bundespolizei nicht erfassen könne, polterte Joachim Herrmann – offenbar mit Blick auf die CSU-Klausur in Wildbad Kreuth. Zu dieser wurde der britische Premierminister Cameron eingeladen, weder ein Freund vertiefter europäischer Zusammenarbeit noch von Merkmalsflüchtlingspolitik. Kritiker Brüsseler Absichten und vor allem Berliner Entscheidungen sollen wohl eingeeht werden. Doch sind solche Signale zweideutig, zeigt die Flüchtlingskrise doch, wie kaum ein Problemfeld, wie sehr Bayern auf die Zusammenarbeit mit Berlin und Brüssel angewiesen ist. jib.

Genau hinschauen

Das Bedürfnis, in einem Konflikt zwischen „Gut“ und „Böse“ zu unterscheiden, führt im Falle des Bürgerkriegs in Syrien zu nichts. Aber das Verhalten Präsident Assads lässt interessante Einblicke zu. Da schließt das Regime einerseits ein Abkommen, das Kämpfern des „Islamischen Staates“ freien Abzug aus umkämpften Gebieten zusichert. Andererseits wird ein Rebellenführer, der (auch) gegen den IS kämpft, durch einen Luftangriff getötet. Sahrans Allusch hatte sich zuvor bereit erklärt, an Gesprächen über eine politische Lösung des vertrackten Konflikts teilzunehmen. Wie ehrlich der Islamist das meinte, wissen wir nicht. Er war aber ein unbedingter Gegner des syrischen Präsidenten, was ihn für das Regime zum Vogelfreien werden ließ. Assads Haltung wird von seinem russischen Verbündeten geteilt. Es ist wohl so, dass es ohne Beteiligung Moskaus ganz sicher keinen Frieden in Syrien geben wird. Aber Russlands Agieren dort „konstruktiv“ zu nennen fällt sehr schwer. Da ist es gut, dass die Nato mit Awacs-Flugzeugen aus der Türkei künftig noch genauer hinschauen will, was in Syrien passiert.

Auf Dauer

Seit drei Jahren gilt die Ankündigung eines Bundespräsidenten und zweier Ressortminister (Steinmeier, von der Leyen), dass Deutschland künftig mehr internationale Verantwortung übernehmen wolle. Auf Dauer kann diese Absicht nur dann glaubwürdig bleiben, wenn sie mit einer ausreichenden sicherheitspolitischen Ausstattung unterlegt wird. Nicht nur die Ausgaben für Flüchtlingshilfe und Entwicklungspolitik, auch die Mittel für die Bundeswehr müssen wachsen, mindestens so sehr, dass die Ausgabenquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt, nicht weiter sinkt, sondern eher moderat auf 1,2 Prozent steigt – von dem Zwei-Prozent-Ziel, auf das sich die Nato, also auch die Bundesregierung, verpflichtet hat, wäre das immer noch weit entfernt. Die Bundeswehr braucht für ihre Verteidigungs- und Einsatzaufgaben mehr gut qualifiziertes Personal. Ohne militärische Handlungsmöglichkeiten wirkt aller außenpolitischer Handlungswille mitunter lahm. Und, da hat der Chef des Bundeswehrverbandes recht: Die Flüchtlingshilfe im Innern ist kein dauerhaftes Einsatzgebiet für die Bundeswehr. Lt.

Hundert Tage als Oppositionsführer überlebt

Jeremy Corbyn ist wohl der unbeliebteste Vorsitzende, den die Labour Party je hatte / Von Jochen Buchsteiner

LONDON, im Dezember

Kurz bevor Jeremy Corbyn seine ersten 100 Tage als britischer Oppositionsführer zurückgelegt hatte, wurde seine Vertreterin in der Fraktion, Angela Eagle, in die prestigeträchtige „Andrew Marr Show“ eingeladen. Ob denn die Labour Party mit ihrem neuen, umstrittenen Vorsitzenden in die nächsten Unterhauswahlen ziehen wolle, fragte Gastgeber Marr. Bis Mai 2020 sind es noch mehr als vier Jahre, und Eagle hätte das ohnehin größere Risiken bejahen können. Stattdessen wich sie aus, wand sich und formulierte schließlich einen bemerkenswerten Satz: „Meine Aufgabe ist es, mit dem Vorsitzenden zusammenzuarbeiten, den wir haben.“ Begeisterung klingt anders. Wahrscheinlich ist Jeremy Corbyn sogar der unbeliebteste Parteichef, den die Labour-Fraktion je hatte. Aber die hat ihn ja auch nicht gewählt, und da steckt schon ein Teil der Schwierigkeiten, in denen „Her Majesty's Official Opposition“ derzeit steckt. Corbyn, der mehr als dreißig Jahre lang die Hinterbank im britischen Unterhaus gedrückt hatte, war im September überraschend in einer Urwahl gewählt worden, und zwar von der Parteibasis. Diese hat sich ganz offensichtlich weit von der Fraktion entfernt – oder auch jene von ihr.

Die veröffentlichte Bilanz des ersten 100 Amtstage fiel verheerend aus. In fast allen Zeitungen, selbst im Labour-freundlichen „Guardian“, wurden anonyme Labour-Politiker zitiert, die dem Chef denkbar schlechte Noten ausstellten und der Partei unter dessen Führung nicht, die ihnen Wahlchancen einräumten, („Ich kann einfach nicht erkennen, wie das länger als zwei Jahre gehen soll“, zitierte die „Financial Times“ ein namentlich nicht

BERLIN, 27. Dezember. Es geht um viel. Das ist Martin Singer wichtig zu betonen, daran möchte er keinen Zweifel lassen. Von „gravierenden Auswirkungen“ spricht der Koordinator der Arbeitsgruppe Strafvollzug im Komitee für Grundrechte und Demokratie und von einem „materiellen Loch“, in das die Menschen fallen. Die Rede ist von der Situation der Gefangenen – nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe, im Alter. Der Grund für diese „vorprogrammierte Armut“, wie es Oliver Rast, der Sprecher der selbsternannten „Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation“ (GG/BO), nennt, ist folgender: Die Häftlinge,

die hinter Gittern arbeiten oder sich der Ausbildung befinden, sind nicht sozialversichert, das heißt weder in der Kranken- oder Pflege- noch in der Rentenversicherung. Einzige Ausnahme bildet die Arbeitslosenversicherung. Ein „Unding“ sei das, sagt Singe, sozialpolitisch und menschlich. Neu ist diese Situation nicht – die Intensität des Protests ist es schon. „Es gab lange Zeit keine Gruppierungen, die sich dafür eingesetzt und richtig stark gemacht haben“, sagt Singe. Das sei nun anders. Das Grundrechtekomitee, die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe, die Gefangenen-Gewerkschaft, die im Mai 2014 gegründet wurde und laut Eigenangaben rund 850 Inhaftierte aus 70 deutschen Gefängnissen zu ihren Mitgliedern zählt, und weitere Organisationen wollen nicht lockerlassen. „Der Druck wird breiter. Es wird nicht mehr klappen, dass sich die Politik rausredet“, sagt Singe.

Seit vier Jahren läuft der neuerliche Protest. Er startete mit einer Petition, bei der über 6000 Unterschriften zusammenkamen. Sie fordert vor allem die Einbeziehung der Gefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung. Ihr Fehlen habe die gravierendsten Auswirkungen, sagt Singer. Bei der Rentenfrage gehe es um den Erfolg der Resozialisierung. Das „materielle Loch“ mache Rückfälle wahrscheinlicher. Die Situation sei „mit dem Wiedereingliederungsauftrag des Strafvollzugs nicht vereinbar“, klagt die Bundesarbeitsgemeinschaft für Sträflingenhilfe.

genanntes Mitglied des Schattenkabinetts. „Beim besten Willen in der Welt es funktioniert einfach nicht!“ Corbyn hatte nie etwas mit dem politischen Establishment zu tun, dem wiederum die Redaktionen in London angehören. Das erklärt einen Teil der breiten medialen Ablehnung. Den anderen hat sich Corbyn selbst zuzuschreiben.

Vor allem seine Sicherheitspolitik findet wenig Anklang. Dass der langjährige Anführer der „Stop the War Coalition“ andere Akzente setzen würde als seine Vorgänger, war allen klar. Aber seine Ankündigung, das staatliche Atomwaffenarsenal nie – auch nicht im Verteidigungsfall – einzusetzen, verblüffte dann doch über die Welt des Militärs hinaus. Nach



Immer an der Spitze des Protests: *Jeremy Corbyn* am 4. Dezember in London Foto Imago

Erst hinter Gitter, dann ins materielle Loch?

Eine Einbeziehung von Gefangenen in die Rentenversicherung ist sinnvoll, aber auch teuer / Von Johannes Mohren

Die Organisationen, die den aktuellen Protest tragen, berufen sich bei ihren Forderungen auf ein Gesetz, dessen Inkrafttreten schon fast vierzig Jahre zurückliegt. Eine Tatsache, die zeigt, wie lange das Thema schon schwelt. 1976 war es, als das damals beschlossene Strafvollzugsgesetz Regelungen für die Sozialversicherung von Gefangenen entwarf, ihre Umsetzung aber einem besonderen Bundesgesetz vorbehalten. Dieses wurde bis heute nie verabschiedet. In der Zwischenzeit war das Thema stärker auf der politischen Agenda vertreten, als die Bundesregierung Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre zwei schließlich gescheiterte Gesetzentwürfe vorlegte; anschließend geriet es mehr oder minder in Vergessenheit. Doch woran liegt es, dass das Gesetz nicht – wie vorgesehen – längst verabschiedet ist?

Die Bundesregierung halte die Einbeziehung grundsätzlich für sinnvoll und

Seit vierzig Jahren will der Bund für eine Regelung sorgen, jedoch widersetzen sich bisher die Länder.

haben sich in der Vergangenheit auch mehrfach – unter anderem im Rahmen parlamentarischer Anfragen – in diesem Sinne geäußert, heißt es aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Es scheiterte an den finanziellen Vorbehalten der Länder. Es geht dabei um die stattdessen Kosten. Denn die Länder müssten, so die Auskunft des Bundesministeriums der Justiz, die Rentenversicherungsbeiträge übernehmen. Das sei „vor allem der Grund dafür, dass die Inkraftsetzung der Regelungen im Strafvollzugsgesetz über die umfassende Einbeziehung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in die Sozialversicherung aufgeschoben wurde“. Auch ein Antrag der Linkspartei Ende 2014, der einen Gesetzentwurf forderte, der ebenfalls die Einbeziehung in die Rentenversicherung ermöglichen sollte, scheiterte mit dieser Begründung.

den Paris- und Terroranschlägen stellte er den Schusswaffengebrauch der britischen Polizei in Frage, bevor er, wenig später, im Unterhaus Militärschlägen gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ in Syrien eine Absage erteilte. All diese Positionen lassen sich mit ehrenwerten Argumenten begründen, aber – wie Corbyns, der sogar das Singen der Nationalhymne verweigert, macht es der Regierung Cameron leicht, ihn als „nationales Sicherheitsrisiko“ darzustellen.

Gewöhnungsbedürftig ist auch sein politischer Stil. Die angekündigte neue Sachlichkeit, die er nicht zuletzt während der wöchentlichen Leistungsschau „Prime Minister's Questions“ praktiziert, hob sich zunächst auf interessante Weise

vom üblichen Theater im Unterhaus ab. Doch mit den Wochen breitete sich durch Corbyns drögen Vortragstil und seine Verachtung jedweder Schlagfertigkeit eine gewisse Langeweile aus. Humorlosigkeit, Selbstgerechtigkeit und ein Schuss Moralinsäure sind zu Corbyns Markenzeichen geworden, die wiederum mit seiner strikten Ablehnung von Fleisch und Alkohol zu korrespondieren scheinen. In der auf Punkten und Unterhaltung ausgerichteten Kultur der britischen Politik wundert es nicht, dass Jeremy Corbyns Initiativen – JC – mittlerweile mit Jesus Christus übersetzt werden.

Dem Parteichef und seinem engsten Gefährten, Schatten-Schatzkanzler John McDonnell, unterliefen zudem unnötige Anfängerfehler. Auf einer Weihnachtsfeier der Labour Party zitierte Corbyn unlängst eine Grußadresse des früheren albanischen Diktators Enver Hoxha, was seine Gegner natürlich genüsslich an die Presse weitergaben. McDonnell wiederum las im Parlament aus der Mao-Bibel vor, um Schatzkanzler George Osborne vorzuführen, was jener wiederum geistesgegenwärtig nutzte, um seinen Widersacher – einen bekennenden Sozialisten – dem Gespött des Hauses auszuliefern.

Ein paar Erfolge darf sich Corbyn allerdings auch ans Revers stecken. Seine sture, aber konzentrierte Kampagne gegen die geplanten Kürzungen der Gehaltsaufstockungen („tax credits“) zwang Osborne dazu, das Kernstück seiner Sparpolitik zurückzuziehen. Auf der Habenseite listet auch zu veruchen, dass Corbyn die Mitgliederzahlen der Labour Party auf ungeahnte Höhen schnellen ließ, auch wenn zuletzt wieder einige Partei verlassen haben. Als größter Triumph der vergangenen hundert Tage wird ihm aber, verschieden, die politisch überlebt zu haben.

beitsgruppe gegeben habe, die sich mit diesem Rententhema befassen soll, halte er aufgrund der sozialpolitischen Relevanz für bedenklich.

Die Arbeitsgruppe habe sich im Oktober erstmals getroffen, bestätigte ein Sprecher des Justizministeriums Baden-Württemberg – das nächste Treffen sei für Januar 2016 vereinbart. Hoffnung auf eine schnelle Einigung machen seine Aussagen nicht. Es sei eher unwahrscheinlich, dass bei der Frühjahrskonferenz der Justizminister der Länder im kommenden Jahr bereits Endergebnisse präsentiert werden könnten. Das Thema sei „sehr komplex“, es gebe keinen konkreten Zeitraum für die Bearbeitung. Auch im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern rechnet man damit, dass „Ergebnisse frühestens zum nächsten Frühjahrsjustizministerkonferenz in Brandenburg vorliegen könnten, die Grundlage einer anschließenden Diskussion im politischen Raum wären“.

Vieles müsse noch geklärt werden, heißt es aus Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt stehen dabei – wieder einmal vor allem die Kosten. Nur weil der Vollzug „Ländersache“ sei, bedeute das noch nicht, dass die Länder in diesem Fall auch die alleinigen Zahlenden seien, so der Sprecher des Justizministeriums. Unter den Ländern gibt es zudem grundverschiedene Standpunkte. Das machten die Stellungnahmen auf einen offenen Brief des Grundrechtekomitees zu Beginn des Jahres 2015 deutlich: Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) wies darauf hin, dass „es nicht gerechtfertigt ist, den Gefangenen neben den notwendigen Einschränkungen, die der Freiheitsentzug unvermeidbar mit sich bringt, weitere vermeidbare wirtschaftliche Einbußen zuzufügen“.

Abnehmend äußerte sich in einem Schreiben aus dem Mai hingegen etwa das rheinland-pfälzische Justizministerium – eine Initiative des Landes mit dem Ziel, die Einbeziehung der Strafgefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung zu erreichen, werde nicht in Erwägung gezogen. Egal, wie es am Ende ausgeht, lassen diese Vorzeichen erahnen: Die fast vierzigjährige Wartezeit auf eine Regelung wird wohl vorerst noch weitergehen.



Yossi COHEN Foto Reuters

Geheimdienstchef

Seine Vorliebe für Maßanzüge, italienische Schuhe und sorgfältig frisiertes Haar haben Yossi Cohen den Spitznamen „das Model“ eingebracht. Mit seiner eleganten Erscheinung fällt der neue Mossad-Chef in Israel auf, wo es unter Politikern modisch traditionell leger zugeht. Noch vor gut zwei Jahren wusste die meisten Israelis weder, wie der neue Chef des Auslandsgeheimdienstes aussieht, noch wie er heißt. Als stellvertretender Chef des Auslandsgeheimdienstes wurde er nur Y. genannt, bevor Ministerpräsident Netanyahu ihn zum Nationalen Sicherheitsberater ernannte und den Schattenmann in die politische Rampenlicht holte.

Ihr jahrelanger Kampf gegen das iranische Atomprogramm verbindet den Agenten und den Regierungschef. „Die internationale Bedrohung durch Iran hat international weiterhin höchste Priorität. Israel wird dabei eine Führungsrolle spielen“, sagte Cohen in einem Interview. Treffen Presseberichte zu, dann leistete er selbst einen wichtigen Beitrag, um die Iraner zu bremsen. Als Cohen beim Mossad die Tzomet-Abteilung für besondere Einsätze leitete, häuften sich in Iran mysteriöse Vorfälle: Wissenschaftler wurden ermordet, Computer mit Viren infiziert – und es gab unerklärliche technische Probleme. Zu Beginn seiner Karriere Anfang der achtziger Jahre soll Cohen in Europa im Einsatz gewesen sein und später leitete eine Mossad-Vertretung geleitet haben. Während eines Studienaufenthalts habe ihn der Mossad in London rekrutiert, sagte Cohen einmal. Als junger Agent sei er aufgetreten und habe gesprochen wie James Bond, erzählte man in Israel. Der Mossad-Chef spricht Englisch, Französisch und Arabisch.

Gesprächspartner berichteten von Cohens charmantem Auftreten. Sein Verhandlungsgeschick half ihm auf dem Posten des Nationalen Sicherheitsberaters. Während Netanjahus Beziehungen zur amerikanischen Regierung einen Tiefpunkt erreichten, unterhielt Cohen vertrauensvolle Kontakte zu Sicherheitsberatern Susan Rice und Außenminister John Kerry; Kerry rief Cohen angeblich sogar an, um ihm zur Geburt seines ersten Enkelkinds zu gratulieren. Susan Rice informierte ihn über den Stand der Atomverhandlungen mit Iran. In Jerusalem wurden die guten Beziehungen nach Washington und zu anderen westlichen Diensten als ein wichtiger Grund für Cohens Berufung genannt. Während seine Vorgänger ihre Karrieren als Sicherheitsberater beendet, erwarb sich Cohen das Vertrauen des Regierungschefs, der ihn auch als Geheimdienstchef von Anfang Januar an weiter in seiner Nähe haben will.

Der 54 Jahre alte Vater von vier Kindern, der in seiner Freizeit gern Marathon läuft, kommt aus einer religiösen Familie. Seine Erziehung in einer jüdischen Familie und die Zeit in der jüdischen Jugendbewegung seien prägend gewesen, sagte Cohen einmal, der sich als religiöser Zionist versteht. Er trägt keine Kippa auf dem Kopf, wie der Direktor des Innenlandsgeheimdienstes Sinbath und der neue Polizeichef, der im Dezember seinen Posten antrat. Abgesehen vom Generalstabschef der Armee, haben mit Cohen jetzt drei der vier wichtigsten israelischen Sicherheitschefs einen religiösen Hintergrund.

HANS-CHRISTIAN RÖSSLER






Die Nachfrage von Investoren nach gewerblichen Immobilien steigt kontinuierlich. Das europaweite Transaktionsvolumen stellt mit mehr als 90 Milliarden Euro in der ersten Hälfte des Jahres 2015 eine steil aufwärts zeigende Kurve dar.¹

BAUEN SIE BEI INVESTMENTS AUF SAND ODER AUF ECHTE 1.010.000 m²?

Der offene Immobilienfonds **grundbesitz europa** schneidet in internationalen Investmentratings² hervorragend ab. Grund genug, um nicht länger auf überholte Anlagestrategien zu bauen, sondern von bleibenden Werten eines soliden Portfolios zu profitieren.

IMMOBILIEN NEU DENKEN
www.DWS.de/neudenken

Leistung aus Leidenschaft

¹ Quelle: Deutsche AWM, Immobilien in Europa – Strategische Perspektiven, August 2015. ² Bewertungsstichtag 31. März 2015, Quelle: RREEF Investment GmbH, Stand: 31. Oktober 2015. Investition ist mit Risiken verbunden. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei RREEF Investment GmbH, Taususanlage 12, 60325 Frankfurt am Main. Laufende Kosten p.a. grundbesitz europa RC (Stand: 30.09.2014): 1,06%.